

... so sieht's die CDH

► **CDH fordert Steuergerechtigkeit**

Als Vertriebsunternehmer kann man sich im Dickicht der Steuervorschriften mit seinen ständigen Änderungen und komplizierten Abzugsmöglichkeiten kaum mehr zurechtfinden. Deshalb fordert die CDH im Zuge der Diskussion um die kommende Steuerreform, dass die Einkommensteuer weiterhin dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit folgen muss. Auch die veraltete Gewerbesteuer muss durch ein anderes System ersetzt und der Solidaritätszuschlag endlich abgeschafft werden.

Dass Politiker die Fahne nach dem Wahlkampfwind richten, ist jedem bekannt. Wer erinnert sich nicht an die Wahlversprechen, dass die Einkommensteuererklärung auf einen Bierdeckel passen soll? Auch für die kommende Steuerreform werden wieder die allgemeinen Versprechen abgegeben, den Mittelstandsbauch und die kalte Progression abzumildern und das Steuersystem zu vereinfachen. Allerdings scheint es, dass Politiker kein wirkliches Interesse daran haben, den Paragraphenschungel zu lichten. Schließlich kann nur so das Steuerrecht nach Bedarf geändert werden – ohne dass die Öffentlichkeit die Auswirkungen im Detail versteht.

Das Steuerrecht muss dringend erneuert werden. Viele sind dem undurchschaubaren System derart hilflos ausgeliefert, dass sogar von dem sog. „Dummensteuereffekt“ gesprochen wird. Selbst mit guter Beratung kann der Ottonormalbürger die zahlreichen steuerrechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten kaum mehr zu seinem Vorteil nutzen. Wer soll denn auch noch bei 33.000 Steuerparagrafen durchblicken? So verwundert es nicht, dass 60% der weltweiten Steuerliteratur in deutscher Sprache verfasst ist!

Dabei ist es doch gerade Aufgabe der Politik, sich in einer Demokratie an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten. Allerdings gilt das wohl nicht für die Bedürfnisse des Mittelstandes, der mithilfe der Steuerprogression zur Melkkuh des Staates „avanciert“ ist. In den 50igern griff der Spitzensteuersatz beim 20fachen des Durchschnittseinkommens, heute bereits beim 1,8fachen! Paradoxerweise sollte der progressive Einkommenssteuertarif eine gerechte Verteilung schaffen. Gerechtigkeit sieht jedoch anders aus.

Genauso verhält es sich mit dem Soli. Die Extrasteuer wurde 1991 eingeführt, um den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Ländern zu finanzieren – wie auch die Sektsteuer 1902 zur Finanzierung des Kaiser-Wilhelm-Kanals und

der kaiserlichen Kriegsflotte. Beide existieren noch heute und dienen zur Finanzierung allgemeiner Staatsausgaben.

Es kann nicht immer nur darum gehen, dem Staat mehr Mittel zu geben. Die CDH fordert deshalb Korrekturen bei der Einkommensteuer, die der Steuergerechtigkeit dienen. Dazu gehört auch, die kalte Progression zu bekämpfen und den sog. steuerlichen „Mittelstandsbauch“ tarifmäßig zu begradigen. Keinesfalls dürfen die steuerlichen Leistungsträger zusätzlich belastet werden. Um die Mitte zu entlasten, muss die veraltete Gewerbesteuer endlich reformiert und der Soli abgeschafft werden. Schließlich ist der Mittelstand der Leistungsträger unserer Gesellschaft und stellt 80% der Arbeitsplätze.

Berlin, 9. August 2011